presse

# Gift in Kindertagesstätten: Bundesregierung prüft, zaudert und zagt

Anlässlich des Berichtes der Bundesregierung im Verbraucherausschuss zu erhöhten Konzentrationen von gefährlichen Weichmachern in Kindertagesstätten erklärt die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Elvira Drobinski-Weiß:

Die toxischen Belastungen in Kitas machen deutlich: Grenzwerte müssen endlich grundsätzlich darauf ausgerichtet werden, dass Gesundheitsgefahren für Kinder ausgeschlossen sind. Dort, wo es ungiftige Alternativen gibt, muss auf gefährliche Stoffe verzichtet werden. Was aber macht die schwarz-gelbe Bundesregierung? Sie prüft, verschleppt und und verschiebt Verantwortung, sagt Elvira Drobinski-Weiß.

Die toxischen Belastungen in Kitas machen deutlich: Grenzwerte müssen endlich grundsätzlich darauf ausgerichtet werden, dass Gesundheitsgefahren für Kinder ausgeschlossen sind. Und dort, wo es ungiftige Alternativen gibt, muss auf gefährliche Stoffe verzichtet werden.

Die vom Bund für Umwelt und Naturschutz BUND im Staub von Kindertagesstätten festgestellten gefährlichen Weichmacher zeigen, dass Kinder permanent Giften ausgesetzt sind - sogar in eigens für sie eingerichteten Räumen. Sie sitzen auf Plastik, sie laufen auf Plastik, sie essen von Plastik, sie spielen mit Plastik: Das enthält häufig gesundheitsschädliche Weichmacher-Phtalate.

Aber die Bundesregierung zieht keine Konsequenzen. Stattdessen verweist sie darauf, dass drei der toxischen Phtalate ab 2015 nur noch mit Zulassung für bestimmte Anwendungen verwendet werden dürfen. In vier Jahren. Die Kita-Kinder von heute werden dann längst zur Schule gehen.

Bei einem weiteren Giftstoff wird geprüft, ob geprüft werden muss - bis 2012.

Auch beim Spielzeug ist die Situation nach wie vor unbefriedigend: Die Bundesregierung hatte im Sommer vergangenen Jahres zugesagt, sich in Brüssel für eine Minimierung der Grenzwerte für krebserregende polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) einzusetzen. Geschehen ist nichts. Angeblich verschleppt hier die EU-Kommission.

Hat die Bundesregierung so wenig Einfluss in Brüssel? Oder ist die Gesundheit der Kinder nicht wichtig genug?